



Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 32

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementspreis Nr. 1, 50 pro Quartal.
Arbeitslohn und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Brühl-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 11. August 1917

Rayrigen kosten die aufgespaltenen Non-
parteiliche oder deren Raum 50 Hfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Hfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Unsere Tarif- und Lohnbewegungen im Jahre 1916.

Aus den Zusammenstellungen, die nach Ablauf jedes Jahres über unsere Tarif- und Lohnbewegungen gemacht werden, wollen wir hier nur das Wichtigste wiedergeben, denn bei dem beschränkten Raum in unserm „Preis-Anzeiger“ müssen wir darauf verzichten, geübte Tabellen abzugeben. Wir verweisen aber auf unser Jahrbuch für 1916, wo dieses Kapitel eingehend behandelt ist.

Die Lohnbewegungen in unserer Organisation bedeuken sich in der Hauptsache seit einer Reihe von Jahren mit der Tarifbewegung. Wo im Malergewerbe zu Lohnforderungen Stellung genommen wurde, war auch immer der Tarifgedanke damit verbunden, weil einfache Lohnaufbesserungen, wie sie in andern Berufen, auch bei unsern Badierern in den Fabrikbetrieben, zur Anwendung kommen, bei dem starken Wechsel der Arbeitsstellen im Malerberufe ziemlich wirkungslos bleiben würden.

Nur im Tarifvertrage haben wir eine genügend sichere Handhabe, daß die Lohnforderungen praktisch durchgeführt werden.

Der im Jahre 1915 nach einem langen und erbitterten Kampfe abgeschlossene zweite Reichstarif für das Malergewerbe lief am 15. Februar 1916 ab. Zu gleicher Zeit endete auch das Vertragsverhältnis mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler. So wurden denn diesmal die Tarifverhandlungen inmitten schwerer Kriessorgen geführt. Dieser ganz außerordentliche Zustand mußte von den Organisationen der Arbeitgeber und Gehilfen berücksichtigt werden.

Bei der Bewegung 1916 stand im Vordergrund die Lohnfrage. Das bedingten die kolossale Teuerung aller notwendigen Bedarfsartikel für die breite Masse des Volkes und die niedrigen Lohnverhältnisse der Gehilfen des Malergewerbes schon vor dem Kriege.

Die Entlohnung der Köhne unserer Kollegen ohne Unterschied der Berufskategorie stellt der Erhebung im Jahre 1906 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Nach der Statistik im Jahre	Niedrige Köhne (bis 40 A pro Stunde)	Mittlere Köhne (41 bis 60 A pro Stunde)	Höhe Köhne (61 A und mehr pro Stunde)
1906 ...	6926 = 26,2 pSt.	15815 = 58,5 pSt.	4899 = 16,8 pSt.
1909 ...	8749 = 14,1 "	17426 = 25,8 "	5408 = 20,8 "
1912 ...	688 = 2,8 "	19201 = 69,8 "	7877 = 28,4 "
1916 ...	168 = 8,1 "	2815 = 51,2 "	2510 = 45,7 "

Betrüht auf diese Feststellungen und auf Vergleiche, die wir zwischen Köhnen unserer Kollegen und denen der Arbeiter in andern Berufen, vor allem des Baugewerbes, anstellen, sehen wir den Vergleich entgegen.

Diese fanden im Reichsamt des Innern am 25. Januar unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar statt und führten nach längeren sachlichen Auseinandersetzungen dazu, daß eine Teuerungszulage von 6 3/4 in Orten mit neunstündiger oder geringerer und von 5 3/4 mit mehr als neun Stunden Arbeitszeit festgesetzt wurde, geltend bis 15. Februar 1917 beziehungsweise bis 15. Februar 1918.

Diesen Vereinbarungen stimmten die Gehilfenorganisationen, der Arbeitgeberverband und der Bund deutscher Dekorationsmaler zu.

Der Westdeutsche Malermeisterverband dagegen lehnte auf seinem am 21. Februar stattgefundenen Verbandstage die Vereinbarungen ab, wenngleich er diese Tatsache auch zu bedenken suchte.

Nachdem ein hierauf vom Reichsamt des Innern eingeleiteter erneuter Verhandlungsversuch an dem Einspruch der Arbeitgeber gescheitert war, fanden am 22. März in Essen Verhandlungen zwischen dem Vorstand und den Vorsitzenden der meisten Ortsgruppen des Westdeutschen Malermeisterverbandes und zwischen Vertretern der Gehilfenorganisationen statt. Hierbei kamen Vereinbarungen zustande, die zunächst eine bedingungslose Anerkennung der auch vom Arbeitgeberverband und Bund deutscher Dekorationsmaler gewährten Teuerungszulage enthielten und wodurch die bisher abgelehnten Schiedsprüche von 1918 im

Prinzip anerkannt wurden; nur ihre Durchführung wurde in einigen Punkten an eine gewisse Frist gebunden.

Auch mit den einem Arbeitgebercentral- oder Bezirksverband nicht angehörenden heimischen Arbeitgeberorganisationen in Hannover, Hildesheim, Bremerhaven und andern wurden die gleichen Abmachungen vereinbart. Ferner hat der größte Teil der Arbeitgeber, die besonders während der letzten Aussperrung mit unserer Organisation einen Sonderarif eingingen, der Teuerungszulage und der Tarifverlängerung zugestimmt.

Bei Beginn des Geschäftsjahres 1916 zählten wir 258 Tarife. Unter normalen Friedensverhältnissen hätten diese Tarife für 15 778 Betriebe Geltung gehabt, und in diesen Betrieben wären nach dem früher ermittelten Stande 55 479 Gehilfen beschäftigt gewesen. Im Berichtsjahre 1916 sind unsere meisten Tarife abgelaufen, und zwar haben sich durch Ablauf erledigt 279 Verträge, die allerdings zum größten Teile wieder erneuert beziehungsweise verlängert wurden.

Im Laufe des Berichtsjahres 1916 sind wieder 241 Tarife in Kraft getreten. Infolge des Krieges hat die Zahl der Betriebe sowohl wie die Zahl der Beschäftigten noch weiter abgenommen. Die Zahl der Betriebe hat sich gegen Juni 1916 um etwa 1800 verringert; teils sind die Geschäftsinhaber eingezogen worden und haben ihren Betrieb eingestellt, teils sind sie wegen Mangels an Material oder Aufträgen wieder in den Gehilfenstand zurückgewandert oder haben sonst eine außerberufliche Tätigkeit aufgenommen. Die Zahl der unter den Tarifverträgen Beschäftigten hat gegenüber dem Bestand vom Juni 1915, trotz des Zuganges der rheinischen Tarife, immer noch um einige abgenommen. Der Abgang erklärt sich aus den Einberufungen zum Wehrdienst, die für 1916 noch stattgefunden haben. Teilweise sind die Berufskollegen auch zu andern Berufen übergegangen. Der Abgang traf besonders das Baumalergewerbe, während für die Badierereien ein kleiner Zugang in der Beschäftigtenzahl eingetreten ist.

Von den im Jahre 1916 vereinbarten Tarifen sind 85 Neuabschlüsse, die sich (nach dem Stande vom Juni 1916) auf 1591 Betriebe mit 2408 Beschäftigten erstrecken.

Erneuert beziehungsweise durch Vereinbarung ausdrücklich verlängert wurden im Berichtsjahre 205 Tarife, die sich nach dem Stande vom Juni 1916 auf 8781 Betriebe mit 10 585 Beschäftigten erstrecken.

Alle Tarifabschlüsse und Erneuerungen konnten im Berichtsjahre ohne Streit, das heißt auf friedlichem Wege erledigt werden.

Von den sonst noch aus dem Jahre 1916 vorhandenen Tarifen sind 88 stillschweigend weitergelaufen. Diese Verträge hatten für 599 Betriebe mit 921 Beschäftigten Geltung.

Es bestanden mithin am Schlusse des Berichtsjahres für Maler- und Badiererebetriebe 824 Tarife, die, wenn wir den Bestand vom Juni 1916 zugrunde legen, für 10 918 Betriebe und für 18 915 in diesen Betrieben beschäftigte Kollegen Geltung hatten. Von diesen gehörten 5858 unserm Verbands an.

Nehmen wir statt des Standes vom Juni 1916 die Zahl der Betriebe und Beschäftigten, wie sie an den in Frage kommenden Orten in normalen Friedenszeiten vorhanden waren, so würden unsere 824 Tarife für 17 501 Betriebe mit 81 507 Beschäftigten Geltung haben. Unsere Tarifbewegung kommt demnach wieder durch den Anschluß von Rheinland-Westfalen unserm höchsten Tarifstande von 1912 nahe. Verteilen wir die im Berichtsjahre 1916 vereinbarten Tarife nach verschiedenen Tarifgruppen, so ergibt sich, daß es sich dabei handelt um 200 Tarife unter dem Reichstarifvertrag für 8428 Betriebe mit 10 288 Beschäftigten, 32 Tarife unter dem rheinisch-westfälischen Tarifvertrag für 1646 Betriebe mit 2566 Beschäftigten, 3 Ortstarife für 840 Betriebe mit 171 Beschäftigten und 8 Firmentarife (Badierereien) für 92 Betriebe mit 285 Beschäftigten.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist für die betreffenden Gebiete nicht eingetreten, dagegen wurde mit der Tarifverlängerung eine allgemeine Teuerungszulage vereinbart, die in Orten mit neunstündiger und geringerer Arbeitszeit

pro Stunde 6 3/4 betrug; in Orten, wo länger als neun Stunden gearbeitet wird, betrug die Teuerungszulage 5 3/4 pro Stunde. Berechnet man diese Teuerungszulage nach den Wochenstunden, so ergibt sich ein tatsächlicher Mehrverdienst von durchschnittlich M 8. Die Lohnaufbesserung für alle an der Tarifbewegung Beteiligten macht demnach etwa M 80 780 aus. Um diese große Reichstarifbewegung gruppieren sich dann die übrigen Lohnbewegungen des Berichtsjahres. Auch bei der Tariferneuerung für Rheinland und Westfalen wurde eine Teuerungszulage in der Höhe von 6 3/4 für Orte mit neunstündiger täglicher Arbeitszeit und von 5 3/4 für Orte mit längerer Arbeitszeit zugestanden. Berechnen wir diese Teuerungszulage nach dem Stande der im Juni 1916 ermittelten Zahl der Beschäftigten, so erhalten wir eine allgemeine Lohnverbesserung von im wesentlichen M 6825.

Diese beiden Bewegungen, um den Reichstarif und den rheinisch-westfälischen Tarif, haben der Hauptkasse M 2306,45 Kosten verursacht.

Unsere Tarifbewegung seit 1906 zeigt folgende Entwicklung:

Jahr	Anzahl der Tarife	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten
Ende 1906.....	180	12 109	39 885
" 1907.....	214	18 608	48 808
" 1908.....	228	14 888	49 909
" 1909.....	257	15 078	50 855
" 1910.....	318	17 195	58 838
" 1911.....	374	18 182	61 059
" 1912.....	434	19 018	68 601
" 1913.....	566	15 854	55 121
" 1914.....	582	15 890	55 620
" 1915.....	556	15 778	55 472
Juni 1916.....	824	12 288	18 938
Ende 1916.....	824	17 501	61 507
Juni 1916.....	824	10 918	18 915

In Rheinland und Westfalen wurden nur wenige Tarife abgeschlossen, weil sich die Arbeitgeber weigerten, die Schiedsprüche anzuerkennen. Nach dem Bestande, wie er in normalen Friedenszeiten vorläufiglich vorhanden wäre, nach dem im Juni 1916 ermittelten tatsächlichen Bestande. * Nach dem im Juni 1916 ermittelten Bestande.

Besonders zu erwähnen wären noch die Lohnbewegungen auf den Werften. Unsere Werftmaler haben sich immer, wenn der Wunsch auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse laut wurde, dem Vorgehen der übrigen Arbeiter ihrer Betriebe angeschlossen. Zur Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens an sämtlichen Werftorten und zur Klärung der oft recht verwickelten gelagerten Verhältnisse der einzelnen Werften und der beteiligten Berufsgruppen fanden verschiedene Zusammenkünfte der in Mitleidenschaft gezogenen Verbandsvorstände und mehrere Werftarbeiterkonferenzen statt. Hier waren unsere Organisation und unsere Kollegen stets vertreten.

Wie für unsere Kollegen in den Malerbetrieben, so bestand auch für unsere in Badierereien und Fabrikbetrieben beschäftigten Berufsangehörigen im Jahre 1916 der lebhafteste Wunsch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen den durch den Krieg veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Die Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren in den Betrieben der Kriegsindustrie besonders lebhaft. Unsere Kollegen haben sich überall angeschlossen, wo von den andern Arbeitern Forderungen erhoben wurden, so daß es ihnen gelungen ist, ihre Lohnverhältnisse oft ganz wesentlich zu verbessern; zum Teil sind sie auch selbständig vorgegangen. Oft haben sich Betriebe, die durch den Krieg total beschäftigungslos waren, im Laufe der Zeit zu Kriegsindustriebetrieben umgestaltet. Es werden heute dort Produkte hergestellt und dementsprechend auch Badierereien ausgeführt, die vorher nicht in Frage kamen. Uebereinstimmend wird hervorgehoben, wie anpassungsfähig sich die Industrie in Deutschland gezeigt hat, und dies gilt auch für unsere Kollegenschaft, die sich in der veränderten Lage schnell zurechtfindet. Wo nur einzelne Badierer in den Betrieben beschäftigt waren, wurde über die Lohnbewegung dieser Kollegen von unsern Verwaltungsstellen meist nicht besonders berichtet. Oft sind die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen dann von den übrigen Arbeitervertretern mitgeregelt worden.

Löhnerbewegungen ohne ArbeitsEinstellung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten wir im Jahre 1916 56 feststellen. Diese erstreckten sich auf 167 Betriebe, in denen 3287 Kollegen beziehungsweise Kolleginnen (2078 männliche, 289 weibliche) beschäftigt waren. Für die Verkürzung der Arbeitszeit bestand bei dem lebhaften Geschäftsgang in den meisten Betrieben kein besonderes Interesse. Im Gegenteil, es wurde in vielen Betrieben Ueberarbeit geleistet; recht häufig hat zur Wältigung der Arbeit Nacharbeit oder Schichtwechsel stattgefunden. Nach unsern Berichten fanden nur in zwei Fällen eine Aenderung der Arbeitszeit statt. In einem Betriebe wurde die Arbeitszeit um wöchentlich drei Stunden verkürzt, und in einer Flugzeugfabrik hat eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um sechs Stunden stattgefunden. In beiden Fällen wird aber gesagt, daß die Verkürzung zurzeit praktisch nur die Bedeutung hat, daß die Berechnung der Zuschläge für Ueberzeitarbeit eine andere geworden und daraus den Kollegen ein Vorteil erwachsen ist.

Die durch die Lohnbewegungen erreichten Löhnerhöhungen waren sehr verschieden. Sie schwanken zwischen M 1 und M 27 wöchentlich. Außer den in den Berichten angeführten Löhnerhöhungen wurden aber vielfach noch wesentliche Teuerungszulagen gezahlt. Auch die oft vorgenommenen Veränderungen in den Monatslöhnen brachten eine Erhöhung der Wochenentlohnung mit sich. Die wöchentlich erreichte Löhnerhöhung für die durch unsere Feststellungen als unmittelbar beteiligt anzusehenden 3287 Beschäftigten betrug M 9517,20; das sind, durchschnittlich berechnet, M 8 für den einzelnen.

Zur Beurteilung der Lohnbewegungen in Lohndruckereien und Fabrikbetrieben, die im Jahre 1916 alle ohne ArbeitsEinstellung verlaufen sind, lassen wir hier eine Aufstellung folgen.

Betriebsnummer	Betriebsname	Anzahl der Beschäftigten	Löhnerhöhung pro Woche	
			für den einzelnen	für alle Beteiligten
1	Ammendorf, Bindner	1	87	111
2	Bautzen, A.-G., vorm. Busch	1	56	300
3	Berlin, Flugzeugindustrie	8	106	357
4	"	8	106	612
5	" Flugplatz Hennigsdorf	1	82	553
6	" Küchenmöbel	25	102	308
7	"	18	78	582
8	" Schulz, Eisenmöbel	1	16	425
9	" Götz, Optische Anstalt	1	79	578
10	Breslau, Linke-Hofmann	1	375	850
11	Cassel, Gebr. Crede & Co.	1	50	240
12	Edin a. Rh., A.-G. f. Gasmotoren	1	17	570
13	Darmstadt, Wöhler, Möbelfabrik	1	7	210
14	Dortmund, Rhein.-Westf. Holzindustr.	1	8	324
15	Dresden, Möbelfabriken	18	46	550
16	" Scheibach-Werke	1	27	740
17	" Deuer, Wagenfabrik	1	9	270
18	Düsseldorf, Schöndorf	1	11	540
19	" Eisenbahnbedarf	1	45	180
20	Eisenach, Lackierer	1	28	650
21	Frankfurt a. M., Adlerwerke	1	64	420
22	Friedrichshafen, Zeppelin-Werke	1	30	708
23	Göln, Märkische Flugzeugwerke	1	11	260
24	"	1	16	1404
25	Götha, Rothmann, Maschinenfabrik	1	7	4
26	" Waggonfabrik	1	95	455
27	" Gebr. Ruppel	1	10	—
28	Halle, Zimmermann, Masch.-Industr.	1	10	2
29	" Straßenbahn	1	6	4
30	Hamburg, Hansa-Flugzeugwerke	1	14	9
31	Herbolzberg, Raquet, Wagenfabrik	1	10	150
32	Herrford, Möbelfabriken	6	37	250
33	Jena, Zeiß, Optische Anstalt	1	82	100
34	"	1	82	170
35	Kaiserslautern, Möbelfabriken	3	13	170
36	Königsberg, Union-Werke	1	16	420
37	"	1	16	192
38	"	1	16	240
39	Köslin, Luftverkehrs-Gesellschaft	1	11	280
40	Lage, Kieckhoff, Möbelfabrik	1	8	210
41	Leipzig, Gebr. Gassel	1	80	2
42	Leipzig, Gebr. Gassel	1	70	—
43	Melle, Möbelfabriken	2	7	14
44	München, Metzger	1	43	64
45	" Straßenreinigung	1	5	20
46	Nordst., Reptum-Werke	1	45	238
47	Nüßelsheim, Opelwerke	1	42	350
48	Opfendorfer, Albatroswerke	1	25	570
49	Schwerin, Follerwerke	1	33	1455
50	Stettin, Vulkanwerk	1	40	285
51	Ulm, Magirus-Fernwerk	1	30	120
52	Urbach, Daimler-Motorenfab.	1	45	385
53	"	1	63	2750
54	Verden, Schiffsch., Waggonfabrik	1	56	196
55	"	1	65	3
56	See- und Schiffswerften in Bremen, Bremerhaven, Eintracht, Emden, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Segeham und Wilhelmshaven	22	939	2220

Zusammen 157/3267 — 9517,20
 * 1,20 für Weibliche. * 2,25 für Weibliche. * 1,20 für Weibliche.

Wir können also erfreulicherweise im dritten Kriegsjahre feststellen, daß unser Tarifverhältnis auch in dieser kritischen Zeit standgehalten hat und daß es unsere Organisationen trotz aller Schwierigkeiten auch für 1916 gelungen ist, das Lohn- und Arbeitsverhältnis aller im Berufsstand befindlichen um ein ganzes Stück zu verbessern.

Arbeitgeberverbandsvorsitzender Kruse über die diesjährige Teuerungszulage.

Am 7. Juli sprach der Vorsitzende des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Herr Kruse, Berlin, in einer Gauder-Sammlung unserer Arbeitgeber in Hamburg über: „Die Wirtschafts- und Tarifvertragspolitik des deutschen Malergewerbes im Krieg.“ — Wir geben aus dem in Nummer 48 der „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Juli abgedruckten Referat hier die wesentlichsten Partien wieder, die sich auf die diesjährige Teuerungszulage beziehen und auch sonst für unsere Kollegen besonderes Interesse haben.

Herr Kruse erwähnte unsere ersten Anregungen zu einer erneuten Teuerungszulage gelegentlich der im November stattgefundenen Verhandlungen über die gemeinsame Tätigkeit zur Hebung unseres Gewerbes. In der unmittelbaren darauf folgenden Hauptvorstandssitzung sei dann einstimmig beschlossen worden, den Arbeitgebern „zu empfehlen, im Jahre 1917 freiwillig eine Teuerungszulage zu bewilligen, jedoch nicht unter 5 %“. Hierauf hat er weiter ausgeführt:

Welche Motive leiteten uns dabei? Ein Vergleich mit anderen Berufen zeigt, daß die Arbeitnehmer im Malergewerbe am schlechtesten abgeschnitten haben. Auch die fortgesetzte Teuerung bemog uns, hier einen Ausgleich zu schaffen. Hinzu kam, daß die hohen Löhne in der Kriegsindustrie sehr wohl geeignet waren, einen großen Teil unserer besseren Arbeiter aus unseren Werkstätten herauszulocken. Ist es doch Tatsache, daß der in der Kriegsindustrie beschäftigte halbwüchsige Junge mehr verdient als sein Vater, wenn er Maler ist. Unter Würdigung dieser Verhältnisse mußte die Meisterschaft eine weitere Teuerungszulage zugestehen, um zu verhindern, daß unsere brauchbaren Leute noch weiter abwandern. Dazu kommt noch unser Verlust an Arbeitskräften infolge des Hilfsdienstgesetzes, der uns doppelt zwingt, unsere wenigen Leute zu behalten. Die Kriegsindustrie wird vorläufig nicht eingeschränkt werden, und die in ihr beschäftigten Malergehilfen werden nicht zu uns zurückkehren, wenn sie nicht bei uns daselbst verdienen. In der Kriegsindustrie aber werden die Löhne erst dann auf ein normales Maß zurückgeschraubt werden, wenn es nach Beendigung des Krieges und der Auffüllung der Arsenale mit der Kriegsarbeit wieder zurückgeht. . . . Auch nach einem siegreichen Frieden werden wir mit recht wenig Arbeitskräften wieder beginnen müssen. Und auf der anderen Seite: wieviele Arbeiter sind zurückgeblieben! . . . Wo dann Gehilfen knapp sind, wird nach alter Erfahrung jeder Lohn gezahlt werden. Daher müssen wir mit unserer Tarifpolitik in vernünftigen Grenzen bleiben und unsere Gehilfen an unser Gewerbe fesseln.

Noch einer Schilderung des Verlaufs der wegen der diesjährigen Lohnbewegung geführten Verhandlungen lokaler und zentraler Art wandte sich dann der Redner der Begründung einer höheren Zulage als der damals für Hamburg zunächst nur bewilligten 5 % pro Stunde zu und erklärte:

Mancher von Ihnen wird mir vielleicht entgegenhalten, daß bei ihm keine Arbeitslosigkeit ist und daß er keinen Gehilfen mehr beschäftigt. In diesem Falle aber würde die Teuerungszulage nur eine ganz geringe Rolle spielen. . . . Das Gewerbe kann die Zulage leicht zahlen, weil der Preis bei der Vergütung der Arbeiten keine Rolle mehr spielt. Die Erzielung angemessener Preise muß natürlich durchgesetzt werden, und dem kleinsten Kollegen kommt heute die Erhöhung der Preise zugute. Aufgabe der Arbeitgeber ist es nun, dafür zu sorgen, daß diese Preise nicht wieder zurückgehen. Bei behördlichen Arbeiten ist das alles am leichtesten, schwer ist es aber, auch die Privatindustrie dazu zu bringen. Die jetzigen Preise müssen auch für die Zukunft Geltung haben. Auf die früheren Preise werden wir nie wieder zurückgehen. . . . Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir den Schwerpunkt unserer künftigen Tarifpolitik darauf legen, daß wir angemessene Preise erzielen, um höhere Löhne zahlen zu können. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Gewerbe mit den geringsten Löhnen auch wirtschaftlich am geringsten dastehen. Je höhere Löhne ein Gewerbe zahlt, um so höher ist auch die soziale Stellung des betreffenden Handwerks. Die Löhne des Malergewerbes müssen mit denen des übrigen Baugewerbes in Einklang gebracht werden, und daher müssen wir uns Preise bezahlen lassen, die unserm Arbeitsprodukt auch entsprechen.

Zwar würden die Preise nach Friedensschluß wieder etwas zurückgehen, doch dürfe das vorerst und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eintreten. Die bei den Submissionen üblichen Preise müßten in Zukunft „wie Märchen aus vergangenen Tagen“ dastehen. Die Arbeitslosigkeit würde nach dem Kriege recht gut sein, daher müßten auch die Löhne angemessen erhöht werden.

Die Arbeitgeber in den kleineren Städten — so fuhr Herr Kruse fort — werden später am schlimmsten daran sein, weil die großen Städte die Leute auffangen. Trotz der günstigen Konjunktur werden die Städte, die jetzt im Punkte Teuerungszulage keinen vernünftigen Ausgleich schaffen, keine Gehilfen bekommen können. Es ist daher Pflicht der Ortsgruppenvorsitzenden, auf diesen Punkt ihre Mitglieder hinzuweisen.

Zum Schluß erwähnte Herr Kruse die Hamburger Arbeitgeber, so zu beschließen, daß sie in Ehren vor der Öffentlichkeit bestehen können. Der innere Frieden müsse gewahrt bleiben. Man sollte sich auch erinnern, daß jetzt die Arbeitgeber mit den Gehilfen Schulter an Schulter kämpfend gemeinschaftlich das Vaterland verteidigen.

Die Hamburger Arbeitgeber haben hierauf einstimmig die im zeitigen Frühjahr auf 9 % festgesetzte diesjährige Teuerungszulage um 10 %, also auf 19 % pro Stunde erhöht; einschließlich der im Vorjahre gezahlten 6 % auf 25 %. Damit steht Hamburg nun mit Berlin wieder gleich. In beiden Städten beträgt jetzt der vereinbarte niedrigste Lohn für Gehilfen über 20 Jahre M 1 für die Stunde.

Aus den Ausführungen des Herrn Kruse ist zu entnehmen, daß jetzt unter unsern Arbeitgebern Meinungen über die in Zukunft einzuschlagende Lohnpolitik aufzukommen scheinen, die, allgemein in die Praxis umgesetzt, unserm Gewerbe und all seinen Angehörigen, Arbeitgebern und Gehilfen, zum Nutzen gereichen würden. Wir hoffen, daß sich dieser Umschwung auch in den bisher von anderen Ansichten befangenen Kreisen unserer Arbeitgeber vollzieht. Dann wird über manche Frage eine Verständigung möglich sein, bei der man bisher jetzt beiderseits auf die entscheidendsten Widerstände stieß. Wodurch nicht etwa gesagt sein soll, daß wir Herrn Kruse nicht auch darin zustimmen, daß der natürliche Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht verschwinden wird und Kämpfe auch nach dem Kriege wieder ausbrechen werden. Diese würden indes um so schwerer kommen und um so verheerender wirken, wenn nicht in der so überaus wichtigen Frage, ob niedrige oder mit der fortschreitenden Teuerung und der Entwicklung der kulturellen Ansprüche unseres Volkes allgemein Schritt haltende höhere Löhne unbedingt und von den Organisationen der Arbeitgeber und Gehilfen mit allen Mitteln planmäßig durchzusetzen sind.

Nach dem dritten Kriegsjahre.

Drei Jahre Weltkrieg! Eine lange Zeit des Schreckens, der Verführung, der Not, des Todes und der Bestümmelung liegt hinter uns und an der Schwelle des vierten Kriegsjahres nur ein schwaches Leuchten für einen baldigen Frieden.

Ueberblicken wir in dieser ersten Stunde die Weltgeschichte, so tritt mit aller Deutlichkeit hervor der Kampf Frankreichs gegen die Zusammenfassung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Ganzen, der Kampf Englands um die Eroberung und Aufrechterhaltung der Seeherrschaft, der Ausdehnungsdrang der Großrussen, besonders das Verlangen nach einem Ausgang zum Mitteländischen Meere. Dem steht gegenüber die Erhaltung Deutschlands in Handel und Wandel. Mit der Entwicklung seiner Industrie, der Entfesselung seiner Produktionskräfte, dem unvermeidlichen Drange nach überseeischer Ausdehnung wurden die Gegensätze zu England und Rußland immer stärker, und der alte Gegensatz zu Frankreich wucherte weiter fort. Die Elemente zu einer Koalition gegen die Mittelmächte waren schon lange gegeben und die Lage wurde immer kritischer, bis im Juli 1914 die Katastrophe zum Ausbruch kam.

Deutschland stand einem in seiner Geschichte beispiellos ungeheuren Konflikt gegenüber: einer Koalition der größten Seemacht und der größten Landmächte. Sein Außenhandel, seine überseeischen Zufuhren, seine kolonialen Besitzungen, ja seine ganze wirtschaftliche Existenz waren vom ersten Tage an aufs äußerste gefährdet, und sein Herr hatte mit einer erdrückenden numerischen Uebermacht zu rechnen. Die fieberhafte Aufregung, die alles hinreichende Begeisterung, die grenzenlose Aufopferungsfähigkeit, die sich der deutschen Nation in den Augusttagen 1914 bemächtigt, waren zum großen Teile der instinttive Ausdruck der qualvollen Unsicherheit und des fürchterlichen Entsetzes der Lage.

So unermesslich und unergleichlich die deutschen Leistungen in diesem Kriege auch waren, so erfüllte doch trotz aller Siege die peinvolle und mühlende Sorge die Herzen so vieler: Wird es uns gelingen, bis zum Ende durchzuhalten? Der Wirtschaftskrieg, die Hungerblutade, das Eintreten immer neuer Feinde in den Krieg, die Zurückweisung aller deutschen Friedensangebote wiesen darauf hin, daß England einen Abbruchkrieg führe, und daß es, wie sein leitender Minister Lloyd George erklärte, „nicht mit der Uhr in der Hand, noch mit dem Bild auf den Kollender“ kämpfe. Seegewalt und numerische und räumliche Uebermacht sollten dem deutschen Volke die Kraft und den Willen zu längerem Widerstande rauben. Es waren dies die Mittel, die England einst gegen Frankreich anwandte. Englische Seeherrschaft, numerische Uebermacht und russische räumliche Ausdehnung — Trafalgar und Moskau — waren das Verhängnis Napoleons. Wird Deutschland ihm entgehen?

Nun, bis heute haben die Mittelmächte dem so gewaltigen Gegner nicht nur Stand gehalten, sondern auf ihrer Seite steht der militärische Erfolg.

Trotzdem haben die Mittelmächte, hat besonders Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft keinen Augenblick unbenutzt gelassen, ihre Friedensbereitschaft zu betonen.

Erst vor wenigen Tagen wieder hat der Deutsche Reichstag mit großer Mehrheit erklärt:

„Wie am 4. August 1914, gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Chronik: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftskrieg wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag wendet sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

Dieser Entschluß ist um so höher zu bewerten, als die Friedensgegner in den Tagen vor der Entscheidung alles aufboten, um die Reichstagsmehrheit zu zerplittern. Für

ste bedeutet das Abstimmungsergebnis des Reichstags eine verlorene Schlacht. Und auch die Kriegsbeher brauchen wagen reden und schreiben so viel sie wollen — über die Grundgedanken des Deutschen Reichstags kommen sie nicht hinweg. Die Feuerflügel an den Fronten werden nicht von heute auf morgen aufhören, Tod und Verderben zu spielen; aber je weniger den Feinden das Glück der Waffen zuneigt, desto nachdrücklicher wird die Friedenspropaganda allenthalben einfließen und nicht mehr zum Schweigen gebracht werden können.

Auch die Vertreter der Gewerkschaften haben ihre Stellung zum Frieden wiederholt und am Ende des dritten Kriegsjahres eine Erklärung abgegeben, die jeden Zweifel ausschließt. (Ein besonderer Bericht hierüber wird in der nächsten Nummer erscheinen.)

Todt das entsetzlich Völkermorden auch noch fort, so wächst doch von Tag zu Tag der Wunsch nach Frieden in allen Ländern mehr und mehr. Es muß der Tag kommen, an dem sich dieses heisse Sehnen erfüllt, und wenn die Weltgeschichte bereinst ihr Urteil spricht über diese bedeutungsvolle Zeit, so wird sie anerkennen müssen, daß die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands ihre Pflicht im Interesse von Menschheit und Kultur getan hat.

Die gesundheitliche Bedeutung der Wohnung und das Familienleben.

Von Theodor E. E. Hoppe.

Nahrung und Obdach sind Lebensbedürfnisse, die selbst der auf der niedrigsten Stufe des Daseins stehende Bewohner unseres Erdballs nicht entbehren kann. Jedes lebende Wesen fühlt das Bedürfnis, wenn es gesättigt ist, einen Unterschlupf zu suchen, wo es ungestört der Natur pflegen kann, wo es gegen die Unbilden der Witterung oder gegen sonstige schädliche Einflüsse von außen her geschützt ist; sei es nun eine Höhle, ein hoher Baumstamm, eine Felsenklippe oder ein zur Erde gefallenes Blatt, unter das sich der Käfer verkrümelt, um auszuruhen. Ruhestätte und Obdach entsprechen zumeist den Lebensbedingungen aller dieser Geschöpfe, das heißt, sie werden von ihnen da geschaffen oder aufgesucht, wo sie voll und ganz ihrem Zweck entsprechen, der Annehmlichkeit und der Sicherheit.

Auch die Menschen legten ehemals, neben der Verlässlichkeit ihrer persönlichen Sicherheit gegen äußere Feinde, instinktiv einen großen Wert auf gewisse Annehmlichkeiten in ihrer Behausung, namentlich auf Luft und Licht, Freiheit der Bewegung und nicht minder auf naturgemäße Ruhestätten.

Ihre Wohnungen waren, wenn auch nicht prunkvoll, wie heute vielfach, den natürlichen Lebensbedingungen entsprechend und zweckmäßig eingerichtet; sie gewährten Schutz gegen Wind und Wetter sowie auch gegen feindliche Angriffe von Menschen und Tieren. Jeweilig den Bedürfnissen Rechnung tragend, wohnte man in Höhlen, auf Bäumen oder in Laubbäumen; wandernde Nomadenstämme bedienten sich der Zelte; aderbautreibende Urvölker errichteten feste Blockhäuser, teilweise geschützt durch Wall und Graben; besonderen Schutz gewährten die Behausungen auf Pfahlweilern, die Wasser errichtet, die sogenannten „Pfahlbauten“.

Eine lange Entwicklungsreihe menschlicher Behausungen liegt vor uns, die, mit der Höhlenwohnung beginnend, von Stufe zu Stufe bis zu den Zinshäusern der Neuzeit führte. Über tausend Jahre sind verfloßen, seitdem die alten Germanen den Bienen und den Kuckucks im Waldesdickicht jagten und daheim auf der Wärendhaut in ihrer rohgezimmerten Blockhütte ausruhten, um sich zu neuen Unternehmungen zu stärken. Die Urwälder sind verschwunden mit ihren gebirgten Bewohnern und auch die Blockhütten mit ihren Inhabern, den kraftvollen Gestalten unserer Väter, vor denen die sieggewohnten Römer „kniffen“. Große Städte mit langen Straßenreihen sind entstanden; Häuser, deren Dächer fast an die Wolken tragen, stehen dort, wo einst Hütten standen. Anscheinend bieten diese modernen Zinshäuser große Bequemlichkeiten; vor den teuren Mietzins erschwingen kann, dem stehen nicht nur Wasserleitung und Gas- respektive eine elektrische Beleuchtung zur Verfügung, auch Badestube und Klosett Einrichtung sind innerhalb der Wohnräume vorhanden. Trotz dieser Annehmlichkeiten hat sich unser Wohnungswesen im allgemeinen verschlechtert, denn die große Masse der Bevölkerung lebt gleich den Vögeln im Käfig; sie wohnt unter Verhältnissen, die weder das natürliche Bedürfnis befriedigen, noch auch den Familiensinn, die Freude am Heim, fördern: Nur ein geringer Teil des Volkes hat eine Ahnung, wie durch dieses Zusammenbrängen von Menschenmassen in den Zinshäusern das Elend wächst. Die Mietpreise sind kaum erschwinglich, und so muß sich der Unbemittelte mit seiner Familie einperchen in Wohnräumen, in denen die Kinder verkümmern, körperlich und geistig. Mehrere Familien müssen sich oft zusammenschließen, um eine Wohnung behaupten zu können, oder es müssen fremde Schlafgänger herangezogen werden, um die Miete aufbringen zu können. Daß hierbei das Familienleben zerrüttet wird, dürfte jedem denkenden, unbefangenen Menschen einleuchten. Aber noch ein weiteres kommt hinzu; denn in dem Maße, wie die Wohnungsverhältnisse ungenügend sind, wird auch die Leistungsfähigkeit der Bewohner geschwächt. Namentlich die Kinderwelt hat unter diesen unglücklichen Wohnungsverhältnissen zu leiden — kranke Kinder sind zumeist das Resultat enger, ungesunder Wohnungen. Außer den Kinderkrankheiten treten auch andere Erkrankungen in solchen engen Wohnungen mit Vorliebe auf, namentlich die Schwindsucht findet hier ihren besten Nährboden. All dieser Wohnungsjammer hat schon früher umsichtige Unternehmer veranlaßt, hier Wandel zu schaffen durch Errichtung von Wohnstätten, die allen gesundheitlichen Anforderungen entsprechen und daneben auch das Familienleben fördern. Aus der neueren Zeit ist hier besonders erwähnenswert die englische Arbeitergärtenstadt Bournville. Der Schokoladenfabrikant George Cadbury, der die Stadt im Jahre 1879 gründete und schon damals die ersten Häuser errichten ließ; der eigentliche Aufbau des Ortes fällt jedoch erst in die letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Beweggründe des Erbauers waren rein menschliche; sie entsprangen der Überzeugung, daß die erbärmlichen Arbeiterwohnungsverhältnisse, wie er sie in Birmingham vor Augen

sah, der Gefahr einer körperlichen wie sittlichen Verwahrlosung der Leute entgegensteuerten. Im beiderseitigen Interesse beschloß der Fabrikant, hier Wandel zu schaffen. Cadbury kaufte, etwa 10 km von der Stadt entfernt, eine große Landfläche, die von einem Fluß durchzogen und teilweise mit Laubwald bestanden war. Hier wurde der Grund gelegt für die neue Gartenstadt. Von den 200 ha Land wurden von vornherein 20 ha zu öffentlichen Anlagen bestimmt, die Größe der einzelnen Grundstücke wurde auf 500 bis 600 qm bemessen. Jedes Grundstück durfte nur zu einem Viertel bebaut werden. Teils wohnen die Leute hier in Ein-, teils in Mehrfamilienhäusern, die aber keineswegs überfüllt sind. Die Wohnungen bestehen in der Regel aus drei Schlaf- und zwei Wohnzimmern, einer Küche, einem Badezimmer und den sonst üblichen Nebenräumen. Zu jedem Hause gehört ein Garten, Land steht noch besonders gegen Nacht zur Verfügung. Weite, baumbepflanzte Straßen, große Parks und Rasenflächen, Sport- und Turnplätze, Bade- und Schwimmgelegenheit im großen Bassin bieten dem Erwachsenen Gelegenheit zur Körperpflege. Jung und Alt steht man hier in den Freistunden sich umherzutummeln, bei frühlichem Spiel und Sport, und sie, die vielfach ein trübes, gebrücktes Leben hinter sich haben, leben noch einmal auf wie in einem neuen Dasein. Da ist es denn kein Wunder, daß die Sterblichkeit in Bournville fortwährend im Sinken ist. Schon als sie im Jahre 1901 in Birmingham 19,9 pSt. betrug, stand sie in der Gartenstadt auf 8,8 pSt. und ist inzwischen noch weiter gesunken. Es ist dies ein Beweis für die Vorteilhaftigkeit der Idee Cadburys, aber zugleich auch ein erschreckendes Beispiel der mörderischen Folgen des Zusammenhäufens von Menschen in Massenmehrhäusern.

Die Naturwissenschaften lehren uns, wie wir durch richtige Verwendung der Naturkräfte die meiste und beste Arbeit verrichten können. Baumaterialien aller Art: künstliche Steine, Glas, Ziegel, Eisen usw. können wir durch Anwendung der Naturwissenschaften billiger und besser herstellen als früher; mit unsern Dampfsägen können wir das Holz leichter schneiden und spalten, Gesteine leichter sprengen, Baumaterial leichter und rascher forschaffen; trotzdem sind die Wohnungen der kleinen Leute heute teurer und schlechter denn je. Je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete. Der „kleine“ Mann mit einem knappen Jahreseinkommen von 1200 muß davon den vierten Teil für die Miete aufwenden, während ein reicher Mann mit mehr als 60 000 jährlichem Einkommen vielleicht nur 8 pSt. derselben verwendet. Es muß im Hinblick auf die Gesundheitsverhältnisse Aufgabe des Staates sowie der Kommunen sein, dafür zu sorgen, daß die mittleren und die Arbeiterstände nicht nur billige, sondern auch gesunde Wohnungen erlangen können; denn die Lösung der Wohnungsfrage ist von sozialer Bedeutung.

Von unsern Kollegen im Felde.

Aus Frankfurt a. M. wird uns mitgeteilt, daß der Kollege Wilhelm Holz aus Ostheim das Eisenerz zweiter Klasse erhielt.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hannover. Nach dreijähriger schicksalsschwerer Kriegszeit noch von vorhandener Werbekraft gewerkschaftlicher Organisation zu berichten, sind gewiß Resultate, die die früheren weitgehenden Erwartungen übertreffen. Damit dürfte aber auch der Beweis erbracht sein, daß auch in Zukunft das Wirtschaftsleben ohne starke gewerkschaftliche Organisation nicht mehr denkbar ist. Von dem Mitgliederbestand unserer Filiale beim Kriegsausbruch sind rund 80 pSt. zum Heere eingezogen. Eine weitere Anzahl unserer Kollegen ist in andere Berufe und Betriebe übergegangen; denn der zunehmende Materialmangel zwingt uns Gewerbe noch zu weiteren Einschränkungen. Die bemängelten Teuerungszulagen der Malerinnungen von Hannover und Linden von 18 s pro Stunde ab 2. April fanden die Anerkennung unserer Kollegen. Der tarifliche Stundenlohn beträgt demnach für Gehilfen über 20 Jahre 80 s. Trotzdem diese Teuerungszulage die bereits schon vor Jahresfrist eingetretene enorme Teuerung bei weitem nicht ausgleichen kann, ist bereits seit dieser neuen Lohnregelung eine weitere grenzenlose und unerhörte fortwährende Steigerung aller notwendigsten Lebensbedürfnisse zu verzeichnen, so daß mit dem gegenwärtigen Stundenlohn bei aller Einschränkung nicht mehr auszukommen ist. In unserer Zahlstelle Walsrode konnte der Stundenlohn auf 70 und 75 s erhöht werden. Die Teuerungszulagen sind ohne jede Erhöhung durchgeführt; daselbst ist auch von der Beitrags-erhöhung von 5 s pro Woche zu berichten. Gleich nach diesem Abschluß setzte auch bei unsern in der Industrie beschäftigten Kollegen eine lebhafteste Bewegung für zeitgemäße Verbesserung der Löhne ein. In der Hannoverischen Maschinenfabrik (Hanomag) konnte eine weitere Lohnerhöhung bis zu 20 s pro Stunde erzielt werden. Leider konnte hier das gesteckte Ziel nicht voll erreicht werden. Die fehlende Willenskraft unserer dort beschäftigten Kollegen bildete das Hindernis. In der Waggonfabrik konnte eine Erhöhung der Akkordpreise von 20 pSt. durchgeführt, und in der Abteilung Flugzeugbau durch das einheitliche Vorgehen der Kollegen eine wesentliche Erhöhung des Stundenlohnes erzielt werden. Für unsere bei der Straßenbahn beschäftigten Kollegen wurde eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes von 7 s erreicht. Die Wahlen der Arbeiterschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes bedeuteten einen vollen Erfolg der Gewerkschaften und eine derbe Niederlage der Werkvereine in der Metallindustrie. Diese Resultate eröffnen eine günstige Perspektive für die zukünftige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Auf Wunsch unserer in der Industrie beschäftigten Kollegen fand am 14. Juli eine Versammlung der Sektion statt, in der Bezirksleiter Kollege Buch über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den industriellen Betrieben des Bezirks und die zukünftigen Aufgaben des Verbandes“ referierte. Neben dieser Tätigkeit für die zeitgemäßen Verbesserungen der Löhne war auch eine recht

rege Werbetätigkeit, vorwiegend durch Hausagitation, vorhanden. 50 neue Aufnahmen waren im zweiten Quartal das Resultat. Leider konnte eine Erhöhung des Mitgliederstandes nicht erreicht werden, da in den beiden Quartalen wieder 88 Mitglieder erneut zum Heere einberufen wurden; darunter bereits vom Heere entlassene kriegsbeschädigte Kollegen. Die Zahl der Mitglieder am Schluß des zweiten Quartals beträgt nun 207. Der Kassenbestand weist 1458,16 auf. Mit unsern Kollegen im Felde stehen wir in reger Verbindung. Es werden noch über 300 Beitrittsanträge eingekommen. Sollten wir einen vierten Kriegswinter durchhalten müssen, so soll der Ernst dieser Lage in keiner Weise verkannt werden. Aber bei aller Würdigung des Ernstes der Zeit wird angesichts der großen und vielseitigen Aufgaben unseres Verbandes während und nach mehr nach der Kriegszeit unsere Filiale diese Zeit überstehen. Das ist der Wille der wenigen und schwer ringenden Kollegen in der Heimat, in der festen Überzeugung, daß auch alle unsere Kriegsteilnehmer an und hinter der Front bei ihrer Rückkehr in die Heimat ihre Pflicht der Organisation gegenüber voll erfüllen werden. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir unsere Kriegsteilnehmer wieder in der Heimat willkommen heißen können. Gegenwärtig müssen wir uns mit einem herzlichen kollegialen Gruß, verbunden mit dem Wunsche auf ein baldiges munteres Wiedersehen, an alle unsere im Kriegsdienst tätigen Kollegen leider begnügen.

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulagenerhöhung im Holzgewerbe. Nach dreitägigen Verhandlungen vor dem Kriegsamte, denen eine resultatlose Vorbesprechung mit dem Arbeitgeberverband vorausging, ist, wie die „Holzgewerkschaft“ schreibt, eine Abschlagszahlung erreicht worden. Eine Städtekonferenz der Holzarbeiterorganisation hatte die Forderung von 80 s Zulage für die Stunde unter gleichzeitiger Verlängerung der Tarife um ein Jahr aufgestellt. Das Holzgewerbe arbeitet fast ausschließlich nur noch für Heeresbedarf, deshalb wurde die Angelegenheit vor das Kriegsamte gebracht. An diesen Verhandlungen nahmen wohl alle Arbeitgebervereinigungen teil, die Arbeiterorganisationen sämtlich, außerdem Vertreter von militärischen und Reichsbehörden. Der Arbeitgeberverband wollte zunächst jede Bewilligung von der Zulagerung der Rückvergütung durch das Reich und die Bundesstaaten abhängig machen, wie es mit dem bekannten zweifelhaften Erfolg im Baugewerbe der Fall ist. Darauf wollten sich die Holzarbeiter nicht einlassen. Die Verhandlungen drohten endgültig zu scheitern. Es gelang dann aber noch, eine Verständigung herbeizuführen, daß sofort — die Arbeitgeberorganisationen wollten auch einen späteren Termin festgesetzt wissen — eine Abschlagszahlung von 10 s pro Stunde an männliche und 6 s für weibliche und jugendliche Arbeiter im ganzen Reich eintritt. Der Arbeitgeberverband und der Bund deutscher Tischlerinnungen erklärten sich dazu bedingungslos bereit, die andern Unternehmerorganisationen besprachen eine Empfehlung an ihre Mitglieder. Die Vertreter der Gewerkschaften und auch der militärische Leiter der Verhandlungen legten aber dagegen Verwahrung ein, so daß die Erhöhung einheitlich erfolgen muß.

Der Verband der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter im Jahre 1916. Der Verband war gezeugt, zweimal in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, um für das Hilfspersonal nur einigermaßen einen Ausgleich zwischen Einkommen und Teuerung zu schaffen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Unternehmervereinigung, der Deutsche Buchdruckerverein, sich das erste Mal zwar mit den Gehilfen auf bestimmte Zulagen einigte, dem Hilfspersonal gegenüber sich aber nur zu den nicht-sprechenden Empfehlungen aufschwang. Die Unternehmer der einzelnen Druckorte reagierten erst auf die sehr energische Vertretung des Hilfsarbeiterverbandes. Es fanden allenthalben Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß Zulagen gewährt wurden. Allerdings sind diese Zulagen nicht überall erreicht worden; denn die Kollegen verschiedener Orte zeigten wenig Neigung, sich durch ernstliche Forderungen das zu holen, was unbedingt als ein Bruchteil des Ausgleiches für die drückende Teuerung gelten sollte, und doch herrscht überall Unzufriedenheit über die geringen Zulagen.

Später wurde für die Gehilfen eine zweite Teuerungszulage bewilligt; diesmal wurde aber in der betreffenden Bekanntmachung des Deutschen Buchdruckervereins das Hilfspersonal vollständig übergangen, obwohl die Unternehmer die Erhöhung ihrer Druckpreise um 30 pSt. gerade in der Hauptsache mit den erhöhten Löhnen begründeten. Auch dieses zweite Mal mußten erst Verhandlungen erzwungen werden, in denen zunächst für die größeren Druckorte weitere Zugeständnisse erzielt wurden, die sich prozentual denen der Gehilfen nähern. Aber nicht überall hatten die Unternehmer das notwendige Verständnis für die Not des Hilfspersonals, und so zwang die sich immer mehr verschärfende Teuerung einen erheblichen Teil der Mitglieder zur Abwanderung aus dem Beruf in die mehr lohnende Munitionsindustrie, so daß auch insolge dessen der Verband einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen hatte.

Während Ende 1915 6900 Mitglieder, und zwar 2392 männliche und 4517 weibliche, vorhanden waren, schloß das Jahr 1916 mit 6534 Mitgliedern, 1880 männlichen und 4654 weiblichen, ab. Den Verhältnissen nach war der Abgang an Mitgliedern nicht allzu erheblich, er betrifft ausschließlich männliche Personen, was ja auch durch die Zahl der Einberufenen erklärlich ist. Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder noch um 137 zugenommen hat, ist ein Zeichen der unverminderten Werbekraft des Verbandes, der im ersten Kriegsjahr ganz besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte; die dadurch eingetretene Nulllosigkeit ist jetzt vollständig überwunden, die im laufenden Jahre betriebene Agitation hat zufriedenstellende Erfolge aufzuweisen. Die Kassenverhältnisse sind bedeutend besser geworden, der Bestand hat sich von 1.800 auf 1.876,25 vermehrt; die

Einnahmen sind allerdings mit M 208 869 um rund M 28 000 hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Der Ueberschuß von rund M 30 000 über die Ausgaben von rund M 178 000 konnte hauptsächlich durch erzielt werden, weil die Arbeitslosenunterstützung nur in der Summe von M 8811 in Anspruch genommen werden brauchte; über M 46 000 wurden an Kranke und als Extrainterstützung an Kriegserkrankte ausgezahlt. Die statutenmäßigen Unterstützungsätze konnten im Berichtsjahre wieder in voller Höhe eingeführt werden. Trotz des nominellen Mitgliederanstieges ist also eine Verbesserung der Finanzlage eingetreten, aber auch eine innere Festigung des Verbandes ist dadurch zu konstatieren, als die verbliebenen Mitglieder regelmäßiger Zahler geworden sind; denn die Anzahl der gezahlten Beiträge ist von 88 pro Kopf auf 44 gestiegen. Trotz aller Schwierigkeiten hat der Verband also das vorjährige Jahr gut überstanden und seine gesunde Fortentwicklung gesichert.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1916. Die amtliche Statistik der Streiks und Aussperrungen des Jahres 1916 ist soeben als Band 232 der Statistik des Deutschen Reiches erschienen. Wenn auch die offizielle Statistik auf wesentlich andern Grundlagen beruht als die gewerkschaftliche und daher auch stets zu andern Resultaten führt, so verdienen ihre Resultate doch Beachtung, da sie ja zum mindesten die Entwicklung der Bewegung im Vergleich zu den Vorjahren richtig widerspiegelt.

Das Jahr 1916 hat wieder eine Zunahme der Arbeitskämpfe gebracht, nachdem diese mit Kriegsbeginn außerordentlich eingeschränkt waren. Es wurden im Jahr 1916 mit 124 188 Beteiligten gezählt, darunter 225 Angriffs- und 15 Abwehrstreiks. Aussperrungen fanden keine statt. Dagegen hatten die fünf Kriegsmonate 1914 26 Streiks mit 2084 Beteiligten und das Jahr 1915 187 Streiks und 4 Aussperrungen mit 12 868 Beteiligten aufzuweisen. Freilich war auch im letzten Jahre die Friedensziffer noch nicht annähernd erreicht, da im Jahre 1918 2127 Streiks und 887 Aussperrungen mit 511 048 beteiligten Personen amtlich gezählt wurden.

Tatsächlich lagen aber die Verhältnisse im abgelaufenen Jahr bedeutend günstiger, als es bei einem Vergleiche der beteiligten Personen erscheinen könnte. Der wirkliche Umfang der Arbeitskämpfe wird gekennzeichnet durch die Zahl der verlorenen Arbeitstage, die das Produkt aus der Anzahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer der Arbeitskämpfe in Tagen bei den einzelnen Streitigkeiten darstellt. Im Jahre 1916 wurden 11 190 495 Tage durch Arbeitsstreitigkeiten verloren; 1914 sank die Summe auf 2 848 805, im ersten vollen Kriegsjahre 1915 auf 45 511, um im letzten wieder auf 245 404, das heißt etwa den vierzigsten Teil der Friedensziffer, zu steigen.

Den größten Umfang hatten die Arbeitskämpfe in der Gewerbebranche Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., also derjenigen Gruppe, die im wesentlichen die Kriegsindustrie umfaßt. Auf sie entfielen 65 081 oder 58,4 pSt., das ist mehr als die Hälfte aller überhaupt streikenden. Es folgt die Gruppe Bergbau mit 44 188 oder 39,5 pSt. der Streikenden, so daß also diese beiden Gruppen allein 88 pSt. aller Beteiligten umfassen. Die übrigen Gruppen waren alle nur mit kleineren Ziffern beteiligt.

Was den Ausgang der Arbeitskämpfe anbelangt, so war dieser nach der amtlichen Darstellung, die aber in dieser Beziehung, mit Vorbehalt aufzunehmen ist, kein sehr günstiger. Nur 2,4 pSt. der Streikenden hatten einen vollen Erfolg; 55,1 pSt. mußten sich mit einem teilweisen Erfolg begnügen, während 42,5 pSt. überhaupt erfolglos gekämpft hatten. Im vorhergehenden Jahre waren die Verhältniszahlen 12, 51,7 und 36,3 pSt., also wesentlich günstiger. Die Mehrzahl der Kämpfe wurde natürlich um Erhöhung der Löhne geführt.

Sozialpolitisches.

Die Ausdehnung der Wochenhilfe auf den vaterländischen Hilfsdienst. Die neue Bundesratsverordnung vom 6. Juli 1917 über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes ist noch recht wenig bekannt. Zum guten Teil tragen dazu ihre Unklarheiten bei: sie erweitern den Anspruch auf Mutterschaftsversicherung auf einen großen Kreis von Frauen. Seither wurde eine solche nur gewährt an Wöchnerinnen, die selbst einer Krankenkasse angehörten, oder wenn der Kindevater Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leistete. Namentlich ist die Wochenhilfe ausgedehnt worden auf solche Wöchnerinnen, deren Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des § 1 des Hilfsdienstgesetzes ausübt und im letzten Jahre mindestens sechs Monate hindurch ausgeübt hat. Es kommt nicht darauf an, ob die hilfsdienstpflichtige Beschäftigung freiwillig oder zwangsweise übernommen wurde; auch das große Heer Reservisten fällt darunter. Der Anspruch besteht nur, wenn und solange der Ehemann die Beschäftigung tatsächlich ausübt. Ist der hilfsdienstpflichtige nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes zwangsweise herangezogen worden, so bedarf es nicht des Nachweises der Beschäftigung vor der Niederkunft. Wöchnerinnen, welche selbst eine Beschäftigung im Jahre vor der Niederkunft in der Dauer von mindestens sechs Monaten ausgeübt haben, erhalten die Wochenhilfe ebenfalls. Schließlich ist die Fürsorge auch für das uneheliche Kind eines im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten zu leisten, wenn die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt ist. Bei der neuen Hilfe noch an einige weitere rechtliche Korrekturen geknüpft. Es muß sich nämlich die wirtschaftliche Lage des Ehemannes oder der selbstbeschäftigten Wöchnerin oder des unehelichen Vaters infolge der Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert haben, und es muß obendrein ein "Bedürfnis" für die Hilfe bestehen. Ob eine Verschlechterung der Lage festzustellen ist, entscheidet nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung aller Umstände" die Kommission, die über die Kriegsfamilienunterstützung im Bereiche jeden Lieferungsverbandes (Stadt- oder Landkreis) zu befinden hat. Voraussetzung ist in der Regel, daß infolge des Hilfs-

dienstgesetzes die Beschäftigungsart oder der Beschäftigungsort gewechselt worden ist, und daß infolge des Hilfsdienstgesetzes die Einnahmen des Beschäftigten vermindert oder seine "notwendigen" Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Das sind jedenfalls recht beherrschbare Begrenzungen! Ein Bedürfnis soll in der Regel nicht angenommen werden bei verheirateten Wöchnerinnen, wenn das Jahreseinkommen des Ehepartners den Betrag von M 2500 übersteigt, bei unverheirateten Wöchnerinnen, wenn ihr Jahreseinkommen M 1500 und für jedes schon vorhandene Kind unter 16 Jahren weitere M 250, zusammen aber M 2500 übersteigt. Maßgebend ist das der Niederkunft vorangegangene Jahr. Ueber all diese Fragen, und somit über den Anspruch überhaupt, entscheiden die schon erwähnten Kommissionen endgültig.

Die Wochenhilfe ist die seither schon übliche: ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Einbindung in Höhe von M 25 oder volle Bezahlung von Arzt, Hebammen und Heilmitteln, ein Wochengeld von mindestens M 10,50 auf die Dauer von acht Wochen, ein Stützgeld von 50 Pfg täglich auf die Dauer von 12 Wochen und bei einseitiger Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden durch Arzt oder Hebamme eine Beihilfe bis zu M 10. Die Fürsorge muß entweder in ihrem ganzen Umfange gewährt werden oder gar nicht; teilweise Leistungen nach Belieben gibt es nicht. Endet indes während des Unterstützungsbezuges die Beschäftigung, so endet damit auch die Fürsorge. Gehört die Wöchnerin oder der Ehemann einer Krankenkasse an, so ist der Antrag auf die Wochenhilfe bei dieser zu stellen. Diese Kasse gibt den Antrag mit den nötigen Unterlagen an die schon genannte Unterstützungskommission weiter. In den übrigen Fällen ist der Antrag bei dieser Kommission direkt zu stellen, die Gemeindebehörden vermitteln die Einreichung. In den Fällen, in denen gleichzeitig auch ein Anspruch auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Ansprüche an die Krankenkasse besteht, geschieht die Auszahlung durch diese, im übrigen durch die Organe der Lieferungsverbände.

Die neue Verordnung gestaltet die Vorschriften über die Wochenhilfe noch komplizierter. Die sachliche Ausdehnung der Fürsorge ist sehr beschränkt; jedenfalls hängt sie viel vom Wohlwollen der Behörden ab.

Genossenschaftliches.

Die Volkshilfe-Kriegsversicherungskasse steht nicht nur für die Kriegsteilnehmer im Felde, sondern für alle Kriegsdienstleistenden zur Verfügung. Das durch die lange Dauer des Krieges und dessen Ausgestaltung zu einem Kriege der technischen und chemischen Industrien notwendig gewordene Hilfsdienstgesetz hat sozusagen eine Heimfront geschaffen, deren Truppen bei der Gefährlichkeit der Betriebe ebenfalls in hohem Grade der stündlichen Lebensgefahr ausgesetzt sind. Viele Tausende, Männer und Frauen, stellen ihre Arbeitskraft trotz der Gefahr dem Vaterlande zur Verfügung, und viele haben schon dabei ihr Leben lassen müssen. Sie sind in der gleichen Lage wie unsere Soldaten, die draußen vor dem Feinde das Vaterland schützen und täglich, ja stündlich mit dem Tode rechnen müssen. Es ist daher nur recht und billig, daß auch den Kämpfern an der Heimatfront eine Versicherungsmöglichkeit geboten wird wie den Kämpfern im Felde.

Mit Zustimmung des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung können demnach die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Munition- und Sprengstoffindustrie sowie die im vaterländischen Hilfsdienst in den besetzten Gebieten beschäftigten Arbeiter nach den geltenden bekannten Bestimmungen Anteilnahme bei der Volkshilfe-Kriegsversicherungskasse erlangen und sich damit zugunsten ihrer Angehörigen für den Todesfall versichern.

Der Anteilschein kostet M 6; für jeden Kriegsdienstleistenden können bis zu 20 Anteilsscheine gelöst werden, und nach Friedensschluß kommt die ganze eingezahlte Summe an die Hinterbliebenen der während des Krieges Gestorbenen und Gefallenen zur Auszahlung. Die Kasse wird von der Volkshilfe in gemeinnütziger Weise verwaltet.

Bei der Volkshilfe-Kriegsversicherungskasse sind bis zum 31. Juli 1917 für 57 848 Kriegsdienstleistende 87 888 Anteilsscheine erworben und dafür M 489 440 eingezahlt worden.

Dom Ausland.

Russische Konferenz der gewerkschaftlichen Verbände. Am 4. Juli trafen in Petersburg die Gewerkschaften Russlands zu einem Gewerkschaftskongress zusammen. Arbeitsminister Stolobin begrüßte die Gewerkschaften als besten Beweis dafür, daß das Proletariat nicht nur zerstören, sondern auch aufbauen und schaffen kann. Besonders notwendig sei diese aufbauende Arbeit in diesem Augenblicke, in dem die revolutionäre Begeisterung im Schwünge begriffen sei und an ihre Stelle die revolutionäre Vernunft treten müsse. — In der ersten geschäftlichen Sitzung sprach Grunewitsch über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Verbände. Die Gewerkschaften stehen nach dem Redner auf der Grundlage der internationalen Prinzipien des Klassenkampfes. Praktisch seien ihre Hauptaufgaben gegenwärtig: Vorkehrungen gegen die drohende ungeheure Arbeitslosigkeit bei der Demobilisierung, aktiver Anteil an der Organisation der Arbeitshöfen, Errichtung von Auskunftsstellen, Mitarbeit bei der Schaffung von gemeinnützigen und staatlichen Arbeitslosenversicherungen. Die gewerkschaftlichen Verbände müßten in allen Organen vertreten sein, die die probatorische Regierung oder die konstituierende Versammlung zur Organisation der Produktion schaffen werde. Alle Versuche einzelner Arbeitergruppen oder Betriebsausschüsse, sich einzelner Unternehmungen zu bemächtigen, müßten bekämpft werden, da sie die Produktion nur desorganisierten. Zum Schluß betonte der Referent die Pflicht der Gewerkschaften, die revolutionäre Demokratie in ihrem Kampfe für schleunigste Beendigung des Krieges und Wiederherstellung der Internationale energisch zu unterstützen.

Der Kongress arbeitete dann in einzelnen Abteilungen weiter. In der Sektion für Arbeiterschutz referierte Frau Kollontaj über Frauenarbeit und die Aufgaben der Gewerkschaften. Sie wies auf die starke Zunahme der Frauenarbeit hin und forderte besseren Schutz der Arbeiterinnen und gleichen Lohn für gleiche Leistung. Mädchen unter 16 Jahren dürften in den Fabriken nicht zugelassen werden, der Achtstundentag sei sofort für alle Frauen einzuführen.

In derselben Sektion sprach S. Datsin über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er forderte sofortige Maßnahmen gegen die bei Friedensschluß drohende Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt. Die Regierung müsse einen Plan für die Umschichtung der Industrie auf die Friedensarbeit entwerfen.

Literarisches.

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 16 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Benisch, M. b. M.: Die französischen Klausurpläne. Dr. Willy Müschel: Zur auswärtigen Politik des deutschen Sozialismus in den Jahren 1897 und 1870. Metz Quard-Hammerschlag: Der Kulturwert der Frauenstroubarbeit II. Conrad Schmidt: Krieg — ein Lebewohl. — Eingeholte 80 P., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 15 des neunten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Fort mit dem Arbeitsschuck! — Das Jugendgesetz vom Jahr 1888. Von H. Wiffel. — Das Panzerjochen. Von Oskar Wöhrl. — Der Haben. Von Fritz Müller. — Clemens Brentano. Von Oskar Schäfer. — Schreib ein Tagebuch! Von H. Feus, Dessau. — Wagen sozialistischer Bestimmung gebrandmarkt. — Eingang zu den Gebieten. Gedicht von Clemens Brentano. — Aus der Jugendbewegung. — Abendständchen. Gedicht von Clemens Brentano.

Lehrbuch zur vollständigen Erlernung der vereinfachten deutschen Stenographie (Stenographisches Stenogramm-System), bearbeitet von Paul Barzel, herausgegeben vom Arbeiter-Stenographenverein Stolze-Schreh, Groß-Berlin. Verlag: Fritz Schönlank, Berlin N, Kronenstraße, 22. 1917. 88 Seiten. Preis 75 P.

Die Stenographie hat sich im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr von einer bloßen Nebegeschichte zu einer Schrift für den täglichen Gebrauch umgebildet. Je weiter diese Umwandlung fortgeschritten, desto mehr fand die Stenographie auch in den breiten Massen des Volkes Eingang, und verschiedene neuere Systeme erwarben sich in der Arbeiterschaft eine große Gemeinde. In diesen Systemen geht vor allen Dingen das Stenogramm-System Stolze-Schreh, dessen Pflege und Verbreitung in der arbeitenden Bevölkerung sich der Arbeiter-Stenographenverein zur Aufgabe gemacht hat. Die größte Ansehensstelle dieser Organisation, die Mitgliedschaft Groß-Berlin, ist jetzt sogar zur Herausgabe eines neuen Lehrbuches übergegangen, das von Paul Barzel, Redakteur an der "Dresdener Volkshilfe", bearbeitet worden ist. Die Anordnung des Stoffes, die Fassung der Regeln und die Auswahl der stenographischen Beispiele vorzuziehen den erfahrenen Stenographen Theoretiker und Praktiker und den geschulten Stenogrammlern, der auf eine langjährige Unterrichtstätigkeit zurückblicken kann. Das Buch verfolgt den Grundgedanken, dem Lehrlern zum Schreibern zu gehen und macht dadurch das Erlernen der Stenographie zu einer bis zur letzten Aufgabe fesselnden und ständig neu anregenden Beschäftigung.

Das gut ausgestattete Buch, mit den klaren Vorschriften, Beispielen und Übungen dürfte geeignet sein, der Stenographie in den Reihen der Arbeiterschaft große Freunde zu erwerben.

Schulz für alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinenbau, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffbau und Verkehrswesen, Handel, Industrie und Landwirtschaft. 8. Jahrgang (1917/18), Heft 2 und 3. Preis vierteljährlich M. 1,45. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, Franckische Verlagshandlung.)

Le Traducteur. The Translator. Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Sprachschriften bieten hauptsächlich folgenden Inhalt: Interessante Erzählungen, naturwissenschaftliche Aufsätze, Handelsbriefe, Besprechungen über Länder- und Völkerkunde, Handel, Sitten und Gebräuche, entweder mit genauer Uebersetzung oder mit Anmerkungen. Neben dem Sprachstudium berücksichtigen sie auch die Aneignung wichtiger Sachkenntnisse. Ganz besonders nützlich dürften die in jeder Nummer enthaltenen Gespräche sein, in denen hauptsächlich die in den Schulen nicht genug gepflegte Umgangssprache berücksichtigt wird. Außerdem wird den Lesern Gelegenheit geboten, mit Ausländern zu korrespondieren. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des "Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 30. Juli bis 4. August. Eingekauft haben: Wilhelmshaven M. 100, Waldenburg 100, Stuttgart 200, Cassel 200, Hamburg 500, Spandau 176, Bremerhaven 800, Nowawes 360, Plauen 150, Neuwied 8, 26. Die Woche vom 12. bis 18. August ist die 23. Beitragswoche. D. Wenter, Kassierer. Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 30 des "Correspondenzblattes" bei.